

Eindrücke/Stellungnahmen von Teilnehmern des Streitgesprächs am 29.6.2023 als Ergänzung zum Bericht im Rundbrief Nr. 190 von Campo Limpo, Seite 7

Zwei Gründe motivierten mich, an der FDP-Einladung zum Thema: „**Klimapolitik : Verbote versus Anreize**“ in Puchheim teilzunehmen. Als regelmäßige Demonstrantin für weltweite Gerechtigkeit wollte ich mal ausloten, ob im direkten Gespräch mehr Verständigung erreichbar ist. Nun war ich also dabei, als Dr. Walter Ulbrich von Campo Limpo mit einem eigentlich bei den Jesuiten sozial-ethisch sozialisierten FDP-Vertreter Dr. Lukas Köhler den Einstellungen und Handlungsmöglichkeiten zugunsten des Klimaschutzes nachging.

Interessant war die Präsenz von Vertretern anderer politischer Richtungen, die dann die Diskussion prägten. Für meinen Geschmack wurde zu viel Zeit zum Thema: Tempolimit verschwendet anstatt die hinter den Schlagwörtern Verbote und Anreize steckenden Menschen- und Gesellschaftsbilder zu erörtern, die ja auch bei anderen Themen immer wieder sichtbar werden. Der Moderator griff nicht ein, sondern konzentrierte sich auf die Reihung der Wortmeldungen. Trotzdem habe ich dann rund um das Tempolimit gelernt, was die beiden Impulsgeber trennt. So technologieoffen die FDP beim Heizungsgesetz engagiert ist, so eindimensional setzt sie auf den Zertifikatehandel, ohne dessen sozialen Sprengstoff in den Blick zu nehmen und nach dem Einsammeln der Gelder diese wieder pro Kopf und unabhängig von Bedürftigkeit "zurückgeben" möchte.

Für mich endet die Merkantilisierung aller Herausforderungen da, wo man die Überlebenschancen der Menschheit tangiert, was dankenswerterweise von Dr. Ulbrich immer wieder verdeutlicht worden ist. Die Menschen in den "Ländern des Südens" haben kaum eine Stimme. Sie bekommen jedoch die Auswirkungen unserer Klimapolitik am ehesten und existentiellsten zu spüren. Mein Eindruck ist, dass wir gesellschafts- und ordnungspolitisch so weit auseinander liegen, dass ich keinen Konsens erkennen kann, was ja auch in der Ampelkoalition immer wieder deutlich wird. Immerhin tauschen wir uns friedlich aus und leisten somit einen Beitrag zur demokratischen Debattenkultur, den unsere Gesellschaft gerade im Vorfeld anstehender Wahlen dringend benötigt.

Eva-Maria Heerde-Hinojosa

Ich fand die Diskussion gut, besonders weil ich den Eindruck hatte, dass mehr Leute da waren, die für Tempolimit und schnelle Reduktion von CO₂ sind. FDP Fans waren wohl in der Minderheit. Viele Antworten waren typisch für die FDP.

Die FDP wartet wohl auf die Selbstregulation der Wirtschaft.

Auf einige Fragen hat Köhler nicht geantwortet oder drum herum geredet.

Wie was passiert noch in dieser Legislaturperiode?

Was ist der Schaden für uns oder die Wirtschaft, wenn das Tempolimit eingeführt werden würde?

Das wichtigste hat die FDP wohl nicht auf dem Schirm:

Dass es schnell gehen muss, der Klimawandel schreitet schnell voran.

Weniger Verletzte und Tote durch Reduktion Beschränkungen ganz allgemein.

Das wir verantwortlich für das Leben unserer Kinder und Enkelkinder in der Zukunft sind.

Lisa Stegmann

Ich hatte den Eindruck, dass die FDP-Anhängerschaft in der Minderheit war und die Bedeutung des Tempolimits für viele Menschen wohl etwas unterschätzt wurde. Aber eigentlich ist das Tempolimit ja eher ein Symbolthema, an dem sich allerdings einiges von der "FDP-Denke" zeigt. Die Frage, wieso ein Tempolimit den Verlust von Freiheit bedeutet, konnte auch an dem Abend nicht beantwortet werden. Dafür kamen dann so wunderliche Aussagen wie, dass ein Tempolimit möglicherweise zu noch größeren Autos führt, so wie in den USA.

Die FDP-Grundhaltung, eher auf Anreize zu setzen als auf Verbote, ist ehrenwert, bringt aber nicht weiter. Wo wären wir, wenn's kein Rauchverbot gegeben hätte?! Die FDP-Vertreter fordern Wirtschaftswachstum und haben kein Interesse an "Degrowth" bei uns, wie Herr Köhler das ausgedrückt hat, weil auch andere Länder Interesse an Wirtschaftswachstum haben und uns sonst nicht mehr zum Vorbild nehmen.

Und der CO2-Zertifikatehandel wird's dann schon richten. Und dann gibt's ja bald die sagenhaften E-Fuels und einen Gebrauchtwagenmarkt für E-Autos, so dass die dann billiger werden. Aber dass wir dabei die Erde an die Wand fahren - wenn auch klimaneutral - mit Rohstoff- und Naturverbrauch, Abfall, Umweltgiften... spielt irgendwie keine Rolle.

Es ist gut, dass es das Gespräch gab, in zivilisierter Form und mit gegenseitigem Zuhören, das ist ja heute auch keine Selbstverständlichkeit, aber der Erkenntniswert ist ernüchternd, wenn auch nicht überraschend: Eine sozial-ökologische Transformation ist mit der FDP nicht zu machen.

Elisabeth Tocha-Ring

Auslöser für die Veranstaltung war ein amüsanter Missverständnis. Daraus ist eine lehrreiche Diskussion geworden, die zeigt, dass man auch bei unterschiedlichen politischen Auffassungen miteinander reden und einander zuhören kann. Leider haben wir in der Politik eine Tendenz zu einer zerstörerischen Spaltung, die nicht nur in Bayern durch Populismus getrieben wird. Das mag bei Wahlen ihre Erfolge haben, beim Regierungshandeln ist es mehr als schädlich, wie leider vielfach bewiesen.

Wir als FDP sind davon überzeugt, dass der EU-Zertifikatehandel das schnellste, kostengünstigste und sozialverträglichste Instrument ist, um die CO2-Emissionen wirkungsvoll und vor allem sicher zu reduzieren. Das kann auch als Blaupause für die Emission anderer Stoffe dienen. Ebenso für den Verbrauch, etwa von Rohstoffen, wäre ein solches Modell denkbar. Ich bin mir sicher, dass sich das Zertifikatsmodell mit einigen flankierenden Maßnahmen wie Wärmeleitplanung, Fördergelder und soziale Abfederung durchsetzen wird.

Ulrich Bode

Ein **Faktencheck** ist angebracht **nach Aussagen von Dr. Köhler (FDP)**:

1. These: „Tempolimit bringt nur marginale Ergebnisse“

Gemäß einer aktuellen Studie des Bundesumweltamts (<https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr/nachhaltige-mobilitaet/tempolimit>) könnten bei einem Tempolimit nur auf deutschen Autobahnen jährlich 4,5 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente (CO₂e) eingespart werden. Im Vergleich ergeben sich die gleichen Einsparungen,

wenn **850.000 Ölheizungen** durch Wärmepumpen ersetzt werden (berechnet nach <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/energie/heizen-und-warmwasser/klimapaket-was-bedeutet-es-fuer-mieter-und-hausbesitzer-43806> mit einem durchschnittlichen jährlichen Verbrauch von 2.000 l Heizöl pro Ölheizung, was 5,3 Tonnen CO₂e ergibt).

2. These: „Der Zertifikate-Handel ist das effektivste Instrument zum Klimaschutz“

Der CO₂-Ausstoß reduzierte sich EU-weit tatsächlich seit 2005 um 50 %, jedoch nur in den vom Emissionshandel betroffenen Sektoren: Kraftwerke, Industriebetriebe und Flüge innerhalb der Mitgliedsstaaten. Erst ab 2027 sollen auch Privatleute durch Ausweitung des Handels auf Gebäude und Verkehr direkt einbezogen werden. Der CO₂-Ausstoß in diesen Sektoren macht zusammen ein Drittel aller Emissionen aus.

Ein Industrieunternehmen kann eigenständig durch Berechnung der Rentabilität entscheiden, welche Prozesse umgestellt oder gar aufgegeben werden. Der einzelne Bürger kann jedoch nicht auf das Heizen oder nur eingeschränkt auf Mobilität verzichten. Er ist darauf angewiesen, dass es pragmatische und bezahlbare Möglichkeiten gibt, den immer weiter steigenden fossilen Preisen auszuweichen. Wer auf den Emissionshandel setzt, muss auch politisch dazu stehen, wenn mit frei sich am Markt bewegenden CO₂-Preisen der Unmut in der Bevölkerung wächst, besonders auf dem Land und in Osteuropa. Bleibt der Emissionshandel zahnlos, werden die Klimaziele krachend verfehlt. Mehr zum Für und Wider unter <https://www.spektrum.de/news/emissionshandel-macht-ein-co2-preis-die-bessere-klimapolitik/2144610>

3. These: „Die Höhe des tatsächlichen CO₂-Preises ist egal“

Die Sichtweise ist insbesondere für sozial schwache Regionen ein Desaster. Wer heute in einem schlecht gedämmten Haus sitzt, weil eine Sanierung finanziell unmöglich ist, trifft es am Härtesten.

Ein üblicher Wert im ländlichen Raum ist ein Verbrauch von 200 kWh/m² mit 150 m² Wohnfläche. Das sind ca. 3000 Liter Heizöl pro Jahr. Bevor 2027 der EU-Zertifikatehandel für Treibstoffe einsetzen soll, wird vorbereitend in Deutschland eine CO₂-Steuer erhoben von 30 € in den Jahren 2022 und 2023 mit allmählichem Anstieg bis 2026 auf 55 bis 65 € pro Tonne CO₂e. Ausgehend von gängigen Preismodellen kann man mit einem CO₂-Preis in 2030 in Höhe von 140 € rechnen. Das macht im o.g. Beispiel einen Zuschlag in 2030 unabhängig von der Ölpreisentwicklung pro Jahr von 1.100 € – und die finanzielle Schlinge zieht sich dann jedes Jahr enger und enger.

4. These: „Über den Zertifikate-Handel erzielt der Staat Einnahmen für einen Klima-Sozialfond“

Genau dazu gibt es bislang nur vage Aussagen. Entscheidungen sind in dieser Legislaturperiode des Bundestages nicht mehr zu erwarten. Angedacht ist wohl ein pauschales Klimageld, das pro Kopf und statistisch gemittelt die Mehrkosten des CO₂-Preises wieder ausgleicht. Die Idee ist zwar theoretisch richtig: Menschen, die ihren individuellen CO₂-Fußabdruck überdurchschnittlich reduzieren, werden so indirekt belohnt. Bis zu einem gewissen Maß gelingt das mit Verzicht. Doch darüber hinaus werden Investitionen nötig sein, die man sich leisten können muss. Zudem lässt sich der zu erwartende Preisanstieg bei lebensnotwendigen Gütern so nicht ausgleichen.

5. These: „Mich interessiert nicht, was andere Länder machen“

Der Blick in andere Länder würde sich auch für eine liberale Partei durchaus lohnen. Beispielsweise fördern die skandinavischen Länder unbürokratisch nach tatsächlich erreichten Zielen in der Emissions-Einsparung und gehen im Ausbau der Infrastruktur in die Vollen. Statt nur auf steigende Preise für fossile Energieträger zu setzen wäre es doch sinnvoller, pragmatisch die notwendigen Weichen zu stellen, damit die emissionsfreien Alternativen leichter erreicht werden können.

Bernhard Ulbrich